



Wirtschaftsminister Bruno Le Maire kündigte am Montag an, dass 20 Milliarden Euro für die Stärkung des Eigenkapitals der Unternehmen eingesetzt werden sollen, und zwar über Beteiligungsdarlehen, die von Banken vergeben werden, mit einer Bürgschaft des Staates.

„Wir haben, und ich persönlich habe die Kritik einer Reihe von Ökonomen gehört, die sagten, dass diese partizipativen Darlehen unzureichend seien, die Rekonstitution von Eigenkapital sollte stärker sein. Und so haben wir uns nun ein Ziel von 20 Milliarden Euro an ausstehenden Beteiligungsdarlehen zur Auffüllung des Eigenkapitals von Unternehmen gesetzt“, sagte der Minister auf einer Pressekonferenz.

Der 100-Milliarden-Sanierungsplan sah diese Maßnahme bereits vor, aber der genaue Betrag musste noch festgelegt werden. Das Finanzgesetz für 2021 wird in diesem Sinne geändert werden, fügte Bruno Le Maire hinzu.

Dieses Ziel muss bis Ende 2022 erreicht werden.

Der Präsident des französischen Bankenverbandes, Philippe Brassac, wies darauf hin, dass im Gegensatz zum staatlich garantierten Darlehen, das sich an Unternehmen mit „Liquiditätsschwierigkeiten“ wendet, Beteiligungsdarlehen für diejenigen bestimmt sind, die ein reales Potential für einen Wiederaufschwung haben, aber durch eine Umsatzeinbrüche während des Geschäftsjahres in Probleme gerieten und daher eine „Rekapitalisierung“ benötigen.

Gemäss dem am Montag vorgestellten Fahrplan sollen diese Beteiligungsdarlehen ab dem ersten Quartal 2021 zur Verfügung stehen.

Es wurde außerdem angekündigt, dass ein „Relance“-Label für kollektive Investmentfonds eingeführt werden soll, die in französische KMU investieren.

Diese Initiative soll es ermöglichen, „10 bis 20 Milliarden Euro“ zugunsten der Unternehmen zu mobilisieren, um ihnen zu helfen, die Krise zu überstehen, so der Minister.